Bestimmung des Gemeindeanteils

Abrechnungseinheit: **Haardt-Gimmeldingen**

Allgemein

Beim wiederkehrenden Beitrag ist der Gemeindeanteil in der Ausbaubeitragssatzung festzulegen und beträgt mindestens 20 v. H. (§ 10a Abs. 3 KAG). Maßgeblich für das aktuelle Recht ist, dass der gesamte innerhalb der öffentlichen Einrichtung von Anliegergrundstücken ausgehende, bzw. dorthin führende Verkehr als Anliegerverkehr und der überörtliche Verkehr, der Verkehr zwischen mehreren öffentlichen Einrichtungen von Anbaustraßen sowie der Verkehr in und aus dem Außenbereich als Durchgangsverkehr zu bewerten ist (OVG Rheinland-Pfalz, Urteil vom 09. September 2015 – 6 A 10447/15).

Anliegerverkehr

Die Wohnbebauung in der Abrechnungseinheit ist geprägt von überwiegenden ein- bzw. zweigeschossigen Gebäuden. Zum Anliegerverkehr zählt zudem insbesondere der ausgelöste Verkehr von und zu:

- mehreren Weingütern,
- diversen Einzelhandelsgeschäften,
- diversen Gewerbetreibenden und Freiberuflern (Gastronomie, Gärtnerei, Autohaus, Arzt- bzw. Behandlungspraxis, Architekten) und
- sonstigen Zielen wie bspw. dem Bahnhof Mußbach (westliche Seite, Fahrtrichtung Neustadt Hbf.), Kindergärten, Tourismus, Schulen, Kirchen und Friedhof

Durchgangsverkehr

Als hauptsächlicher Durchgangsverkehr ist der Fahrverkehr aus südlicher und nördlicher Richtung zu werten. So wird die Abrechnungseinheit aus nördlicher Richtung von dem Verkehr der angrenzenden Abrechnungseinheit „Königsbach“ über die Verkehrsanlagen „Fürstenweg“, „Neubergstraße“ und Kreisstraße K 21 durchquert; aus dem Süden von dem Verkehr, der über den AVG-Kreisverkehr, der Gimmeldinger Straße und Haardter Straße/Mandelring in Richtung Gimmeldingen/Königsbach gelangen will. Der Durchgangsverkehr aus westlicher bzw. östlicher Richtung fällt vorliegend nicht ins Gewicht. Insbesondere wird der Verkehr aus Richtung des Ortsbezirks Mußbach kommend nach Einschätzung der Verwaltung überwiegend die L 516 (Deutsche Weinstraße, An der Eselshaut, Mußbacher Landstraße) nutzen, um z. B. die Innenstadt zu erreichen.

Fußläufiger Durchgangsverkehr ist wenn überhaupt nur in sehr geringem Umfang festzustellen.

Ergebnis:

Der Gemeindeanteil wird daher mit

35 v.H. - erhöhter Durchgangsverkehr, aber noch überwiegender Anliegerverkehr - bewertet.